

Protokoll 1. Runder Tisch Digitalisierungspolitik

Berlin

Online-Auftaktveranstaltung des Runden Tisches Digitalisierungspolitik

am 12. Februar 2021, 14 bis 16 Uhr

14:00

Begrüßung durch Dominik Piétron und Friederike Rohde,
Bündnis Digitale Stadt Berlin

14:05

Vorstellung Bündnis Digitale Stadt

Elizabeth Calderón-Lüning, Bündnis Digitale Stadt Berlin

Elizabeth Calderón-Lüning stellt das Bündnis Digitale Stadt Berlin vor, welches seit 2019 als offenes und parteiübergreifendes Netzwerk agiert. Ziel des Bündnisses sei es, die Digitalisierung in der Stadt diskutierbar und greifbar zu machen. Das Bündnis versuche damit einen Beitrag dazu zu leisten, Prozesse auf dem Weg zur Digitalisierung demokratisch zu gestalten. So brauche es einen neuen „Digital New Deal“ für Berlin: Der Stadtstaat müsse die Digitalisierungsstrategie auf Partizipation und Fortschritt aufbauen. Eine solche Strategie müsse gleichzeitig den Schutz der Menschen in einer vernetzten Gesellschaft garantieren. Calderón-Lüning gibt zu bedenken, dass die techno-politischen Debatten um die Digitalisierungsstrategie Berlins auch ein Sprechen über Macht und Machthabende bedeuten müssen. Der Runde Tisch Digitalisierungspolitik sei damit als Versuch zu verstehen, einen zivilgesellschaftlichen Raum zur Mitgestaltung einer digitalpolitischen Agenda zu öffnen.

14:10

Modellprojekt Smart City Berlin

Dr. Frank Nägele, Staatssekretär für Verwaltungs- und
Infrastrukturmodernisierung

Im Anschluss stellt **Dr. Frank Nägele**, Staatssekretär für Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung das geplante „Modellprojekt Smart City“ für Berlin vor. Im September 2020 erhielt die Stadt Berlin die Zusage für das Förderprogramm, welches unter Leitung von Dr. Nägele und unter Mitarbeit eines Smart City Strategie-Beirates ebenfalls bereits im September 2020 begonnen hat. Das vom Bundesinnenministerium geförderte Projekt zielt einerseits darauf ab, eine neue Smart City-Strategie unter Einbezug der Stadtgesellschaft zu entwickeln. Andererseits umfasst die Förderung fünf konkrete Umsetzungsprojekte, u.a. im Bereich Data-Governance.

Das „Modellprojekt Smart City“ biete einen Neustart, die Smart City-Strategie neu zu ordnen; ein erster Antrag für das Förderprogramm 2019 sei gescheitert. In der Umsetzung des Projekts (insbesondere Strategiephase) in Berlin spiele das CityLAB sowie der angegliederte Smart City Strategie-Beirat eine zentrale Rolle. Das CityLAB diene als Labor der praktischen Auseinandersetzung mit der Digitalisierung. Anfang 2020 sei intensiv an den Antragsformularen gearbeitet und der Fokus angepasst worden. Dr. Nägele berichtet von zwei Säulen des Projektes:

Eine erste Säule stelle die Arbeit an der Smart City-Strategie dar: Während ähnliche Strategien in der Bundesrepublik i.d.R. durch die zuständigen Verwaltungen erarbeitet und in Auseinandersetzung mit der Stadtgesellschaft verteidigt werden, soll die inhaltliche Strategieentwicklung diesmal von der Stadtgesellschaft ausgehen. Leitend sei dabei die Frage gewesen, wie die Stadtgesellschaft einen strategischen Ansatz erarbeiten könne, der im nächsten Schritt die Unterstützung gewählter Parlamentarier:innen gewinnen kann. Beispielhaft verweist Dr. Nägele auf die Mitgestaltung an strategischen Grundsatzentscheidungen in New York.

Eine zweite Säule des Programms sei die Umsetzung von fünf Projektvorhaben. In dem ersten Förderantrag 2019 seien fünf „große Modellgebiete“ in der Stadt genannt worden, die vom BMI vermutlich auch deswegen abgelehnt wurden, weil sie nicht von anderen Städten adaptierbar seien. Anstatt Modellgebieten mit geringem Übertragungspotenzial auf andere Kommunen seien nun „fünf kleine beispielgebene Projekte“ beantragt worden, anhand derer gezeigt werden kann, wie die Smart City Strategie in der Umsetzung wirkt. Dies sei keine abschließende Auswahl, sondern soll zukünftig durch weitere Projekte ergänzt werden. Ziel sei es, auch weitere Umsetzungsprojekte aus dem Etat des CityLAB zu finanzieren. So sei bereits eine Reihe von Projekten, wie „Gieß den Kiez“ gefördert worden.

Im Gegensatz zu bisherigen Strategien sei nun die Konzeption einer neuen Strategie unter Beteiligung der Zivilgesellschaft innerhalb von zwei Jahren zu leisten und stelle das Programm unter erheblichen Zeitdruck. Bis zur Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2021 sei daher bereits ein Strategischer Rahmen unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu erarbeiten, der ebenfalls noch vor der Wahl vom Senat angenommen werden solle. Im Anschluss soll auf dieser Basis dann die finale Strategie entwickelt werden. Als „Relais“ für diesen Prozess sei dafür das CityLab gewählt worden, dass dafür auch weitere Personalkompetenz aufbaut.

Der Beteiligungsprozess sei über fünf Säulen bzw. Akteursgruppen definiert, die in die Erarbeitung der Strategie einzubinden seien: Stadtgesellschaft = Berliner:innen und stille Gruppen, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Verwaltung und gewählte Politiker:innen, organisierte Zivilgesellschaft. Darüber hinaus findet ein Austausch mit internationalen Expert:innen. Das zugrundeliegende Beteiligungskonzept sei vor wenigen Tagen online veröffentlicht worden. Bisher seien folgende Schritte gegangen worden. Zunächst sei der Smart-City-Beirat einberufen worden. Die Auswahl der Mitglieder erfolgt nicht in einem breiten Auswahlverfahren, wohl aber in einem „Konsentierungsverfahren“. Bisher setzte sich der Beirat u.a. mit dem Smart City-Begriff auseinander und tendierte zu einem Verständnis,

welches Gemeinwohl und Nachhaltigkeit als Ziele einer vernetzten Gesellschaft formuliere, anstatt ein eindimensionales, technologisches Verständnis vorzusetzen

Darüber hinaus seien die Rahmenbedingungen des Modellprojekts Smart City durch einen normativen Dreiklang bestimmt worden, wie er bereits im Antrag beschrieben wurde: Die Ziele sollen gemeinwohl- und nachhaltigkeitsorientiert sein sowie „den Erwartungen an die Partizipation entsprechen“.

Im Rahmen des Beteiligungskonzepts wolle man auch der Zivilgesellschaft und den „stillen Gruppen“ eine Stimme geben und sie einladen, eigenständige Workshops zu organisieren und Impulse an das Smart City Kernteam weiterzugeben.

Es gäbe drei wesentliche Gremien zur Umsetzung des Modellprojekts Smart City: 1) das Kernteam, an dem das CityLab, die Senatskanzlei und die Wirtschaftsverwaltung (SenWEB) beteiligt sind, 2) einen Strategiebeirat, dessen Mitglieder öffentlich bekannt gegeben wurden, 3) Strategie-Board, in dem acht Staatssekretär:innen, Bezirksbürgermeister:innen und Stadträt:innen unter Vorsitz von Dr. Nägele sitzen. Das Strategie-Board begleitet den Prozess auf politischer Ebene.

Parallel zur Smart City-Strategie werde die Digitalisierungsstrategie erarbeitet, für die bereits ein Grünbuch vorliegt. Hierzu sei man in intensivem Abstimmungsprozess mit der Wirtschaftsverwaltung. Ziel sei es, dass „beide Prozesse aufeinander einzahlen“, d.h. die Erkenntnisse der Beteiligungsverfahren für die Smart-City-Strategie sollen in die Digitalisierungsstrategie einfließen. Grundsätzlich solle sich die Smart City-Strategie mehr um das „Wofür und das Worum“ kümmern, während das „Wie und das Womit“ in der Digitalisierungsstrategie verankert werden soll.

Die zweite Säule des Modellprojekts Smart City bestehe aus den fünf Umsetzungsprojekten. Leider seien die Vorgaben des Fördermittelgebers hier restriktiv – so könne man mit den Umsetzungsprojekten erst zum 1.1.2022 beginnen, vorher gäbe es keine

Finanzierung. Die inhaltliche Ausgestaltung der Umsetzungsprojekte sei auch „mit Teilen von Ihnen“ (Anrede an die Zuhörenden) erfolgt.

Anschließend umreißt Dr. Nägele kurz die fünf Umsetzungsprojekte:

- **Smart Water:** Informationen zu Extremwetterereignissen wie Hitzewellen könnten durch entsprechende Technologien gesammelt werden. Auch Starkregen könne mit einer entsprechenden (technologischen) Infrastruktur abgedeckt, sowie zur Bewässerung und Klimaregulierung genutzt werden.

- **Resilienz:** Mit sog. „Kiez-Boxen“ solle ein energieunabhängiger und krisenfester Kommunikationskanal für die Stadtbevölkerung sichergestellt werden – beispielsweise bei einem Stromausfall.

- **Bürger:innenhaushalte im Kiez:** Die zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Verteilung von Geldern solle gestärkt werden - beispielsweise über „mobile City Labs“ als Schnittstelle analoger und digitaler Beteiligung.

- **Bahnhofsvorplatz der Zukunft (Smarte Stadtplätze gestalten):** Der Hardenbergplatz in Berlin soll „mit klugen digitalen Elementen“ menschengerecht und digital umgestaltet werden.

- **Data Governance:** Gemeinsam mit dem Technologieunternehmen Siemens sollen Wege gefunden werden, sodass sich die Werte Gemeinwohlorientierung, Nachhaltigkeit und Partizipation auch „im Angebot“ von Technologieprodukten niederschlagen. Bisher gelinge diese nicht – die Unternehmen würden nicht verstehen, „dass wir ein Recht auf unsere Daten haben“. Man wolle „voneinander lernen“, so Nägele.

Insgesamt sei die Verteilung der finanziellen Mittel auf die einzelnen Umsetzungsprojekte noch nicht final festgelegt. Bevor die Projekte final angestoßen werden, solle auch hier „ein breiterer Beteiligungsprozess“ angestoßen werden.

Anschließend ergänzt Niklas Kossow aus dem Smart City Kernteam noch Aspekte zum Beteiligungskonzept: Um in dem kurzen Rahmen eine möglichst breite Beteiligung zu sichern, werden Einzelprozesse angestoßen, die sich u.a. auch an „stille Gruppen“ richten. Interviews werden beispielsweise mit Kindern, Jugendlichen, Obdachlosen und

Geflüchteten geführt. Um wissenschaftliche Perspektiven einzubringen, werde Ende März ein Symposium in Kooperation mit der Hertie School durchgeführt. Speziell für die Wirtschaft erfolge u.a ein Beteiligungsformat im Rahmen des ‚Netzwerks Smart City‘. Da es so viele verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen in Berlin gäbe, wollen man deren Beteiligung nicht selber organisieren, sondern die Gruppen dabei unterstützen, dies „gemeinsam zu organisieren“. Zu diesem Zweck sollen zwischen dem 6. und 21. März mehrere zivilgesellschaftlich organisierte Workshops stattfinden. Unterstützung erfolge u.a. durch Hilfestellungen für die Moderation. Der entsprechende Call for Civil Society Engagement wurde kürzlich veröffentlicht.

14:30

Offene Diskussionsrunde: Modellprojekt Smart City Berlin – Quo vadis?

Mit Kommentaren von Walter Palmethofer (Open Knowledge Foundation, in Vertretung für Geraldine de Bastion, Smart City Beirat) und Katalin Gennburg (MdA, Die LINKE)

Die offene Diskussionsrunde wird mit zwei kurzen Stellungnahmen eingeleitet. Den Anfang macht **Katalin Gennburg**, Abgeordnete der LINKE in Berlin und Sprecherin für Smart City. Sie stellt sich als Kritikerin des Smart City-Konzepts vor und sehe die Strategien in erster Linie in einem Wirtschaftskonzept verortet. Dem CityLAB sei so durch Michael Müller, regierender Bürgermeister von Berlin, die Rolle einer technologischen Ausstellung eingeräumt worden. Stattdessen solle das CityLAB als Experimentierfeld und Forum für den Austausch dienen. In diesem Sinne habe Smart City-Politik die Aufgabe, von dem Paradigma der „unternehmerischen Stadt“ abzuweichen und die Ansiedlungslogiken großer Tech-Unternehmen zu problematisieren. Dies werde bereits lautstark von der Zivilgesellschaft gefordert und äußert sich seit vielen Jahren in massivem Protest gegen Ansiedlungen von Google und

Amazon in Berlin. Gennburg benennt die Wichtigkeit, diese Proteste stärker in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs einzubeziehen und begrüßt daher die Initiative für einen Runden Tisch Digitalisierungspolitik.

Neben der Ansiedlung großer Tech-Konzerne in Berlin beobachte sie auch die zunehmende Digitalisierung der Wohnungswirtschaft: Jenseits der problematischen Verquickung der Technologie- und Finanzsektoren, sowie der Finanzialisierung des Wohnungsmarktes, positionierten sich konkrete Anbieter:innen und Dienste im Fahrtwind des digitalen Kapitalismus. Gennburg bringt hier nur beispielhaft die Plattform Airbnb, sowie den Trend hin zu automatisierten Vermietungs- und Verwaltungsstrukturen („automated landlords“) an. Auch die Pläne für einen neuen Siemenscampus in der Spandauer Siemensstadt bewerte sie höchst kritisch: Hier werde faktisch ein Immobilienverwertungsprojekt durch den Senat legitimiert.

All diese Entwicklungen stünden im Gegensatz zu einer progressiven Smart City-Politik, welche auf Grundsätze der Partizipation und Nachhaltigkeit setzen soll. Gennburg fordert daher, öffentliche Gelder an die öffentliche Nutzung zu koppeln und somit von allen nutzbare, digitale Infrastrukturen auszubauen, anstatt private Wirtschaftsprojekte zu fördern. Die LINKE wolle dazu einen Förderfonds für Genossenschaftsplattformen einrichten, um konkrete Alternativen materiell zu fördern. Es gehe schließlich darum, wie der finanziellen Überlegenheit der Tech-Konzerne begegnet werden könne. Hier nennt sie sowohl Stadtplanung als auch Baurecht – um das Gemeinwohl in der Stadt planerisch sichern zu können. Schließlich stellt sie zur Diskussion, ob die vernetzte Smart City alleiniges Ziel einer städtischen Digitalisierungspolitik sein muss und welche analogen Alternativen in diesem Rahmen zu erhalten sind.

Im Anschluss gibt **Walter Palmethofer** (Open Knowledge Foundation) weitere Hinweise zur Problematik Wirtschaftsgetriebener Digitalisierung in der Stadt. Es sei Vorsicht geboten, über die Implementierung von Pilotprojekten eine nachhaltige Strategie zur Digitalisierung zu erwarten. Dazu seien besonders Beteiligungsverfahren und langfristige Beteiligungsstrukturen über die Politprojekte hinaus notwendig. Solche Prozesse können auf die Frage Antworten, wie Smart City-Politiken unabhängig von Großunternehmen gestaltet werden können. Hier kritisiert Palmethofer die bisherige Digitalstrategie Berlins: Anstatt privatwirtschaftlichen Angeboten zu folgen, müsse die überdurchschnittliche hohe IT-Kompetenz in Berlin einbezogen werden um die Digitalisierung aktiv mitzugestalten. Weiter führt er den Bedarf an breiter Diskussion¹ zu Datensparsamkeit und „Privacy-by-Design“ an, welche den Fokus jenseits einer technokratischen Perspektive setzen sollen und die Unabhängigkeit von Großkonzernen sichern soll. Die entsprechende Gesetzgebung sei auf europäischer Ebene zu etablieren.

Das Wort wird dem Plenum für die **offene Diskussionsrunde** erteilt. Im Rückgriff auf den von Dr. Nägele genutzten Smart City-Begriff mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit und Partizipation wird gefragt, wie Nachhaltigkeitsstrategien im Bereich der Digitalisierung konkret aussehen können. Dr. Nägele beantwortet die Frage mit einer Skizze dreier Dimensionen von Nachhaltigkeit: Ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Die einzelnen Bausteine der Strategie sollen entsprechend den Dimensionen geprüft werden. Als zentralen Teil der Strategie wiederholt er die Bedeutung von Partizipation, welche „das Vertrauen in die handelnden Instanzen stärkt“. Das CityLAB sei auch als Baustein der Strategie zu verstehen, da hier Teile der Verantwortlichkeiten in die Hände von Dritten anvertraut wurden. Zusätzlich zum bestehenden Zeitdruck sei zudem das Fenster für konkrete Beteiligungsverfahren klein, da das Programm finanziell an den Beginn der Zuwendungen vom Bund gebunden sei. Neben der Beteiligung in einer Workshopphase gebe es zwei weitere Phasen für Onlinebeteiligung.

1 Palmethofer verweist auf einen öffentlichen Wissensspeicher zur Entwicklung der Smart City Strategie: <https://www.notion.so/Berlin-lebenswert-smart-bec3fb01ae3b4d33bd2c1582fc1eb06f>

Eine zweite Anmerkung weist auf den fehlenden „großen Rahmen“ demokratischer Kontrolle der Strategie hin – es werde ein „Gemeinwohlcheck“ benötigt, welcher die Auswirkungen auf Demokratie, informationelle Selbstbestimmung, technologische Unabhängigkeit, Resilienz, gute Arbeit und Ökologie abwägen könne. Weiter wird die Ausschreibung für Strategieeinreichungen für die fehlende Parität der Akteure kritisiert: Während Unternehmen explizit genannt würden, seien andere Interessensgruppen unter vagen Sammelbegriffen subsumiert. Dr. Nägele erwidert hierzu, dass ein mehrheitlich getragener Umgang der Stadt mit digitalen Technologien gefunden werden müsse. Künftige Entscheidungen sollen einen Gemeinwohl-, Nachhaltigkeits- und Beteiligungscheck durchlaufen und hierdurch Bausteine für die Stadtentwicklung liefern. Die Technologien seien in den Dienst der Stadt zu stellen, und nicht umgekehrt.

Hierauf folgt eine weitere Anmerkung aus dem Plenum auf Smart City-Ansätze in anderen Städten. Die Stärkung und der Ausbau überregionaler, bundesweiter Vernetzung und einem Wissenstransfer zwischen Kommunen sei auch durch die Smart City-Charta des Bundesinnenministeriums nahe gelegt. Dort sei zudem die Bürger:innenbeteiligung explizit genannt. Dr. Nägele weist darauf hin, dass die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH aktiv an der kommunalen Vernetzung zu Digitalisierung beteiligt ist. So sei auch das Berliner Umland (z.B. Bad Belzig/Wiesenburg) in der Digitalisierungsstrategie mitgedacht, um etwa mithilfe von Co-Working Strategien und Infrastrukturausbau die Anstellung in Berlin und das Arbeiten vor Ort zu ermöglichen.

Die nächste Frage behandelt das Verhältnis der Smart City-Strategie zu den weiteren Stadtentwicklungszielen in Berlin, wie sie bspw. in der Berlin Strategie 2030 formuliert wurden. Dabei seien die Stadtentwicklungspläne (mit ihren breiten Perspektiven auf die Planung in Bereichen wie Wirtschaft, Mobilität und Verkehr, Nachhaltigkeit, Klima und Energie) als Rahmen und Gesetzgebung für die Smart City-Strategie zu verstehen, so Dr. Nägele.

Die offene Diskussionsrunde schließt mit einer Anmerkung zur fehlenden Formulierung eines übergeordneten Ziels der Strategie. Wichtige Standards wie „digitale Souveränität“ oder „Open Source“ seien bisher nicht explizit erwähnt worden. Auch der Umbau der Berliner Verwaltung oder die Stärkung lokaler Anbieter:innen ließen sich in den bisher veröffentlichten Dokumenten in den Ausschreibungen nicht finden. Herr Dr. Nägele antwortet, dass die Arbeitsteilung im Senat es ihm verbiete hier mit klaren „rote Linie“ in den Prozess hineinzugehen.

Abschließend ging Herr Dr. Nägele auf eine Frage zu den fünf Umsetzungsprojekten der Smart City-Strategie ein: Warum brauche es überhaupt Beteiligung, wenn die Projekte schon feststehen? Dr. Nägele beruft sich erneut auf die Vorgaben des Fördermittelgebers, im Antrag eine Auswahl an „Beispielprojekte“ zu benennen. Diese Auswahl sei jedoch nicht abschließend, sondern stünde „pars pro toto“. Vielmehr gäbe es nach aktueller Planung über das CityLab weitere finanzielle Mittel für zusätzliche Projekte, die „die Umsetzung der Strategie festigen“. Herr Dr. Nägele lud alle ein, sich mit eigenen Vorschlägen für weitere Projekte an das CityLab und das Smart City-Kernteam zu wenden.

15:15

Schwerpunkt 1: Partizipation wirksam machen

Kurzinput: Evelyn Bodenmeier (GermanZero)

In einem Kurzinput führt **Evelyn Bodenmeier** in deliberative Beteiligungsmodelle und crossmediale Partizipation ein. Bodenmeier stellt sich als Mitbegründerin des CityLAB Berlin vor und zieht den Vergleich zum Beginn der Beteiligungsverfahren für die Smart City-Strategie Berlin. Sie stellt fest: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ und verweist darauf, dass Beteiligung oft Initiative, Hartnäckigkeit und einen kontinuierlichen Dialog mit Politik und Verwaltung braucht, um gehört zu werden. In ihrer Bilanz der Beteiligungsstrategie des

Modellprojekts nennt sie viele „Buzzwords“, die darin aufgegriffen seien und stellt sie der konkreten Realität eines 6-monatigen Zeitfensters für die Partizipation gegenüber. Bodenmeier plädiert dafür, Digitalisierungsprozesse in ein Kontinuum von Beteiligung und Wissen zu stellen. Ein wissendes System brauche zudem Institutionalisierung und Kontinuität, um Legislaturperioden zu überdauern und im Dienst der Zivilgesellschaft zu stehen, sowie politische Entscheidungen zu beeinflussen. Besonders wichtig sei dabei die Repräsentation jener Menschen, die sich nicht in erster Linie mit Digitalisierung und Technologie beschäftigen. Eine alternative Form der Beteiligung und des Diskurses böten hier Bürger:innen-Assemblies und Foren der analogen Bürger:innenbeteiligung.

Darüber hinaus legt Bodenmeier nahe, dass es Klarheit über die Rahmenbedingungen der Strategie und Beteiligung brauche (z.B. über Projektausschreibung), um den Mitwirkungsrahmen deutlich zu machen. Dieser sei in der Strategie vor allem im Sinne der Konsultation geplant. Es brauche für ein „Akzeptanzmanagement“ aber Mitgestaltung und Co-Design, Kontinuität, eine generationenübergreifende und kompetenzübergreifende Beteiligung. Zudem sei die Strategie in Bezug zu anderen gesellschaftlichen Transformationen wie der Klimawende zu setzen, um entsprechend zu sensibilisieren und in den Strategieprozess einzubeziehen.

Auf den Input folgt eine weitere Runde von **Fragen aus dem Plenum**. Eine erste Frage adressiert die Ausgestaltung eines Beirates für die Digitalisierungsstrategie - welche Formate seien hier möglich und können Kiezlabore als Begegnungs-, Test- und Entwicklungsräume zum Einsatz kommen? Es wird darüber hinaus auf eine Problematik hingewiesen, die bereits in der Diskussion angeklungen ist und an dieser Stelle mit „Digitalisierung per Default“ umschrieben wird. Gemeint sei,

dass Digitalisierung scheinbar unvermeidbar sei und die Auftragsvergabe ohne Intervention durch die Zivilgesellschaft fast automatisch an privatwirtschaftliche Unternehmen ginge. Ein weiterer Hinweis aus dem Plenum spricht die Rolle von Bündnissen und Netzwerken an: Solche Akteure können einen Rahmen schaffen, um kollektiv Prinzipien für die Ausgestaltung digitaler Infrastrukturen zu formulieren. Dies sei besonders vor dem Hintergrund bedeutend, dass nicht allorts verstetigte Beteiligungsstrukturen möglich seien und es daher klare Grundlagen und Leitprinzipien brauche. Dem wird ein Punkt hinzugefügt und nach der Möglichkeit der Beteiligung von Bürger:innenräten in der Strategie gefragt.

Dr. Nägele reagiert auf die Fragen und Hinweise und nennt das CityLAB, welches die Kontinuität in der komplexen Beteiligungsstrategie auch über Wahlperioden hinaus sicherstellen soll. Bisher sei das CityLAB noch projektfinanziert, er setze sich aber für eine kontinuierliche Finanzierung ein. Er werde sich dafür einsetzen, dass auch über 2022 hinaus ein dynamischer Beteiligungsprozess erhalten bleibt. Die Option der Bürger:innenräte sehe er als Teil der Governance, die erst noch erarbeitet werden solle. So beziehe sich das aktuelle Beteiligungskonzept lediglich auf die Erarbeitung der Strategie, nicht die Beteiligungsformate für die Umsetzung der Strategie. Allerdings sei die Governance bzw. Umsetzung der Strategie im Haushalt noch nicht auskömmlich finanziert. Dr. Nägele drückt daher den Wunsch nach stärkerer Unterstützung der Abgeordneten von Berlin aus. Schließlich stellt er das gemeinsame Interesse heraus, eine Strategie der digitalen Stadt selbst zu entwickeln und nicht entwickeln zu lassen.

15:35

Schwerpunkt 2: Datenpolitik in Berlin

Kurzinput: Lorenz Matzat (AlgorithmWatch)

Ein zweiter Schwerpunkt der Veranstaltung wird durch **Lorenz Matzat** mit einem Kurzvortrag zu Datenpolitik in Berlin eingeführt. Gleich zu Beginn vergleicht Matzat die Kooperation Berlin mit Siemens mit der Kooperation zwischen Toronto und Google zur Entwicklung eines städtischen Areals nahe des Hafens. Mit wissenschaftlicher Begleitung seien Stadtentwicklung und Prozesse der Raumplanung und -gestaltung zum Teil privatisiert worden. Matzat gibt zu bedenken, welche Möglichkeiten im Spannungsverhältnis zwischen notwendigem Datenschutz und sinnvollen Open Data-Strategien liegen und nennt beispielhaft Datenverwaltungsstrukturen wie Datengenossenschaften, Datentreuhand und Data-Commons. Die im Januar veröffentlichte Datenstrategie der Bundesregierung gebe hier ebenfalls einen Einblick in mögliche Verwaltungsstrukturen: Dort sei skizziert, dass personenbezogene Daten in staatlich regulierten Modellen verwaltet werden können, um sie zu bestimmten Bedingungen zur Verfügung stellen zu können und sie dabei weder gänzlich zu privatisieren, noch frei zugänglich zu machen. Dabei müsse die Daten- und Kommunalpolitik Hand in Hand geführt werden. Während die Datenpolitik sowohl auf Landes- bzw. kommunaler Ebene als Teil der Smart City- bzw. Digitalisierungsstrategien zu setzen sei, müsse die Strategie bis auf die EU-Ebene skaliert werden.

Matzat schließt mit der Bemerkung, dass die verschiedenen Modelle und Möglichkeiten auch gesetzlich bislang nicht ausgeschöpft seien und das Feld der Smart City-Strategien dazu genutzt werden könne, neue Modelle kollektiver Datenverwaltung zu erarbeiten und erproben.

Die **Diskussion** wird schließlich wieder ins Plenum gegeben. Mit dem Verweis auf die Befürchtungen aufgrund der prominenten Nennung des Technologiekonzerns Siemens im Kontext der städtischen Datenverwaltung wird Prof. Dr. Max von Grafenstein vom Einstein Center for Digital Future gefragt, der an der Entwicklung des Umsetzungsprojekts zu Data-Governance beteiligt war. Prof. von Grafenstein zielt auf eine Einbindung von Privatwirtschaft unter Bedingungen, die demokratisch gesetzt sind (und den Prinzipien des Gemeinwohls, der Nachhaltigkeit und Partizipation folgen). Es dürfe nicht passieren, dass Daten zentral gespeichert werden, ohne dass die Stadt die Kontrolle hat. Bei der Kooperation mit Siemens wolle man auf offene Daten setzen – dazu habe man bisher jedoch nur „Signale“ und man müsse sich dies nochmal zusichern lassen. Es wird dafür plädiert, geteilte Governance-Strukturen mit Multi-Stakeholder-Prozessen zu etablieren, um einen „Use case“ zu schaffen und die Einbindung der Zivilgesellschaft zu stärken. Eine weitere Meldung aus dem Plenum stellt zur Frage, ob ein Modell der Datengenossenschaften auf EU-Ebene als Vorbild für die Strategie dienen könne.

Darüber hinaus wird auf den Data-Governance-Act als ersten, großen Entwurf der EU-Kommission zur Datenverwaltung und Datenschutz verwiesen. Im Plenum gibt es unterschiedliche Meinungen dazu, ob die DSGVO mit einem Data Trust-Modell einvernehmlich sei und es wird auf eine Veröffentlichung von AlgorithmWatch verwiesen.²

Eine letzte Meldung greift Data Governance als zentrales Thema in der Smart City-Strategie auf und fordert, das Projekt dazu in einen gesellschaftlichen Rahmen zu setzen. Das bedeute, ein Nachdenken über die urbane und gesellschaftliche Zukunft zu erlauben: In welche Richtung wollen wir kollektiv gehen? Sei Profiling oder Social Scoring grundsätzlich zu vermeiden? Und wie können Leitplanken der Digitalisierungsstrategie auch gesellschaftlich formuliert werden?

2
<https://algorithmwatch.org/publication/gutachten-data-trusts-dsgvo/>

Zunächst reagiert Matzat auf die Diskussion und merkt an, dass die Datenerhebung in der vernetzten Stadt entsprechend den Leitlinien der Datensuffizienz und Datentreuhänderschaft organisiert werden könne. Dabei sei zunächst immer die Frage zu stellen: Welche Projekte und Vorhaben benötigen Datensätze und wann schaffen sie einen Nutzwert? Es sei bspw. nicht notwendig, bei digitalen Bezahlmöglichkeiten die personenbezogenen Daten zu sammeln.

Abschließend wird gefragt, ob es über das Umsetzungsprojekt zu Smart City hinaus nicht auch eine dringende Notwendigkeit für städtische Leitplanken im Umgang mit wachsenden Datenmengen aus der digitalen Daseinsvorsorge gäbe.

Dr. Frank Nägele verortet die Zuständigkeit für Datenpolitik in der Wirtschaftsverwaltung und damit in der Digitalisierungsstrategie – hier gebe es einen regen Austausch. Es sei aber oft nicht zu trennen, welche Fragen Teil der Smart City- und welche Teil der Datenstrategie seien und von den jeweils zuständigen Senatsverwaltungen bearbeitet würden. Dr. Nägele wünscht daher, dass die Regierung der nächsten Legislaturperiode die Daten- und Smart City-Strategie in eine Hand geben werde und die Stelle eine „Chief Digital (Coordinator)“ einrichten werde.

15:55

Verabschiedung und Ausblick